

Junge Liberale LiMaH

Ergebnis 3. Lesung

Ja :

Ort : Berlin

Nein :

Datum :

Enthaltung :

Antragssteller:

1 Der Bezirksverband möge beschließen:

2 **Chancengerechtigkeit leben: Unterhaltsvorschuss fair gestalten**

3 Kinder alleinerziehender Eltern haben dem familienfernen Elternteil gegenüber Anspruch auf Zahlung von
4 Unterhalt. Jedoch kommen lediglich rund 50% der Unterhaltsschuldner ihren Zahlungsverpflichtungen
5 überhaupt nach; weitere 25% zahlen zudem weniger als den Mindestunterhalt. Damit sind 75% der Kinder
6 Alleinerziehender auf die Zahlung von Unterhaltsvorschuss angewiesen.

7 Jedoch sind Kinder und Jugendliche, bei denen ein Elternteil den Kindsunterhalt schuldig bleiben, durch das
8 Unterhaltsvorschussgesetz in seiner gegenwärtigen Form vielfach finanziell schlechter gestellt als Kinder
9 zahlender Elternteile. Dadurch wird nicht nur das Armutsrisiko für Alleinerziehende und ihre Kinder noch
10 weiter erhöht, es werden zudem die Chancen der Unterhaltsberechtigten auf Bildung, Teilhabe und
11 Entfaltung ihrer Persönlichkeit gemindert.

12 Die Benachteiligung von Kindern aufgrund der Nichtleistung ihrer gesetzlichen Vertreter sind für uns nicht
13 hinnehmbar.

14
15 Da die Rückholquoten des Unterhaltsvorschusses durch die Kommunen sehr gering sind, bleiben die Kosten
16 des Unterhaltsvorschuss letztlich bei der Gesellschaft, während Unterhaltsschuldner für ihre Nichtleistung
17 belohnt werden. Dies ist aus liberaler Sicht inakzeptabel.

18
19 Daher fordern die Jungen Liberalen Lichtenberg-Marzahn-Hellersdorf:
20

21 Keine Subventionen für Unterhaltsschuldner

22 Der Unterhaltsvorschuss wird gem. § 8 (1) UhVorschG zu 40% durch den Bund, zu 60% durch die Länder
23 finanziert. Beim Rückgriff auf die Unterhaltsschulden führen die Länder, vertreten durch die Jugendämter der
24 Kommunen, daher gem. § 8 (2) UhVorschG 40% der eingezogenen Schulden an den Bund ab.

25 Die Verwaltungskosten belaufen sich dabei oft bis zu 75% des geschuldeten Betrags und werden von den
26 Kommunen allein getragen. Somit ist die abzuführende Summe häufig größer als diejenige, die den
27 Kommunen nach Abzug der Verwaltungskosten bleibt. Aufgrund dessen besteht bei den Kommunen wenig
28 Anreiz für den Rückgriff auf den Unterhaltsschuldner.

29
30 Die damit in Zusammenhang stehende häufige Untätigkeit der Kommunen führt zu einer „Belohnung“ von
31 Eltern, die ihren Unterhaltungspflichten nicht nachkommen, indem sie die geschuldete Summe behalten
32 können.. Dies lehnen wir entschieden ab.

33 Um den Regress für Kommunen attraktiv zu machen, fordern wir, dass die Länder lediglich 40% der nach
34 Abzug der Verwaltungskosten verbleibenden Summe an den Bund abführen müssen. § 8 (2) UhVorschG soll
35 entsprechend geändert werden.

36

37 Keine "Sippenhaft" für Kinder von Unterhaltsschuldnern

38 Neben dem geschuldeten Unterhalt erhalten Kinder von Alleinerziehenden zudem das ihnen zustehende
39 Kindergeld abzüglich der dem familienfernen Elternteil zustehenden Hälfte. Die Höhe des
40 Unterhaltsvorschusses beläuft sich hingegen nur auf den geschuldeten Mindestunterhalt abzüglich des
41 gesamten Kindergeldes. Damit werden Kinder, deren unterhaltspflichtiges Elternteil seinen
42 Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, gegenüber Kindern zahlender Elternteile benachteiligt.

43
44 Die materielle Schlechterstellung von Kindern aufgrund der Nichtleistung ihrer Eltern resp. eines Elternteils
45 halten wir für unangemessen.

46
47 Daher fordern wir, zu der bis 2008 geltenden Fassung des § 2 (2) UhVorschG zurückzukehren, nach der der
48 Unterhaltsvorschuss lediglich um die dem familienfernen Elternteil zustehende Hälfte gemindert wird.

49
50 Kein vorzeitiges Ende des Anspruchs auf Unterhaltsvorschuss

51 Kinder und Jugendliche sind unterhaltsberechtigt, sofern sie nicht in der Lage sind, sich selbst zu finanzieren,
52 also meist über das 18. Lebensjahr hinaus, in der Regel bis zum Abschluss einer Berufsausbildung. Der
53 Anspruch auf Unterhaltsvorschuss endet jedoch mit dem 18. Lebensjahr, selbst wenn die Berechtigten sich
54 noch in der Ausbildung befinden und wirtschaftlich noch nicht selbstständig sind. Dadurch werden Kinder
55 von

55 Unterhaltsschuldnern in einer wesentlichen Lebensphase und während ihrer Ausbildung benachteiligt.

56 Daher fordern wir, bei Nichtzahlung des geschuldeten Unterhalts den Anspruch auf Unterhaltsvorschuss auf
57 alle sich in der Ausbildung befindlichen und nicht wirtschaftlich selbstständigen Jugendlichen über 18 Jahre
58 auszuweiten.

59
60 **Begründung**

61 Erfolgt mündlich